



Thomas Demuth  
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 29.08.2013

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	5/2013
Datum	Dienstag, den 27. August 2013
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	21:40 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Stadtverordnetenversammlung

Herr Thomas Demuth
Herr Patrick Baier
Herr Dietmar Beilner
Frau Sylvia Braun
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Herr Niels-Malte Bürgstein
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Diethöfer
Frau Karola Dziony
Frau Christine Empter
Frau Elke Förster-Helm
Herr Dirk Friebe
Herr Benedikt Herget
Herr Oliver Hirt
Herr Harald Hormel
Herr Alexander Kitzmann
Frau Gisela Klein
Frau Katja Lauterbach
Herr Klaus Linek
Frau Dana Pastor
Herr Jörg Pohl
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Tim Protzmann
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Herr Guido Rötzer
Herr Michael Schreier
Frau Carina Seewald
Herr Thomas Sliwka
Herr Thomas Stöppler
Frau Viola Weigl-Franz
Herr Winfried Weiß
Herr Harald Wenzel
Frau Rosemarie Wenzel
Herr Dr. Volker Wingefeld

Herr Christoph Zugenbühler

#### Magistrat

Herr Günter Maibach

Herr Edwin Jessl

Herr Reiner Keim

Herr Manfred Lürer

Herr Josef Pastor

Herr H. Michael Roth

Herr Volker Schadeberg

Herr Jürgen Schäfer

#### Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

#### entschuldigt

Frau Ingrid Cammerzell

Herr Johannes Kortenhoeven

#### Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 18.06.2013
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Fragen zu aktuellen Themen
5	197/2013	Antrag SPD-Fraktion: Verfassungswidrige Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich zurücknehmen
6	198/2013	gemeinsamer Antrag SPD-Fraktion und BBB-Fraktion: S-Bahnanschluss für Bruchköbel
7	194/2013	Anpassungen Stadtmarketing GmbH wegen EU-Beihilfenrecht und Betrauungsakt
8	182/2013	Haushaltssatzung 2013 – Beschlussfassung eines Beitrittsbeschlusses
9	189/2013	Anordnung der Baulandumlegung für das geplante Baugebiet "Bindwiesen"
10	190/2013	Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Kernstadt Bebauungsplan „Bindwiesen“
11	164/2013	Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Oberissigheim
12	193/2013	Vereinfachtes Umlegungsverfahren

#### Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt mit 36 Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnetenvorsteher ehrt mit allen Anwesenden in einer Gedenkminute den am 20.06.2013 verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Francesco Piscitello.

1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 18.06.2013
---	--	---

Es sind keine Einwendungen eingegangen, die Niederschrift vom 18.06.2013 gilt daher als genehmigt.

2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
---	--	---

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf den ausliegenden Bedarfs- und Entwicklungsplan der städtischen Kindertagesstätten hin.

Ebenso liegt die Festschrift der Freiwilligen Feuerwehr Bruchköbel zu deren Jubiläumsjahr aus.

3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
---	--	--

Der Bürgermeister berichtet vom Magistratsbeschluss vom 21.08.2013 die Übertragung von Haushaltsausgaberesten 2012 in das Haushaltsjahr 2013 betreffend. Die im Teilfinanzhaushalt zu übertragenden Haushaltsausgabereste betragen insgesamt 1.721.611,59 €.

Er berichtet vom Stand der Sanierung der Dreispitzhalle. Aufgrund einer notwendigen Ausschreibung und weiterer Planungsarbeiten sowie Vergabearbeiten werde die Sanierung voraussichtlich am 01.10.2013 beginnen und zum Jahreswechsel beendet sein.

Aufgrund eines neuen Lichtservice- und Lichteffizienz-Vertrages werden aktuell viele Straßenlaternen, sog. Lichtpunkte, ausgetauscht.

Die Bauarbeiten am Bahnhof bzw. an der Bahnhof- und Höhenstraße verlaufen planmäßig.

Beim neuen Baugebiet am Hasenpfad könne mit einem Baubeginn zur Erschließung zum Oktober gerechnet werden.

Der Bürgermeister berichtet zum Altstadtfest. So hätten sich am Freitag, 16.08.2013, ab ca. 21:15 Uhr im Maximum ca. 150 Personen am REWE-Parkplatz befunden, über den Abend verteilt ca. 300. Einzelne Flaschen gingen zu Bruch und mit zunehmendem Alkoholpegel gab es z.T. auch eine sehr ausgelassene bis laute Gesprächsführung. Bis auf einzelnes Imponiergehabe bzw. Balzverhalten habe es keine Aggressionen gegeben. Die Polizei habe ständig anlassbezogene Ansprachen und Jugendschutzkontrollen mit Vernichtung von Alkoholika vor Ort vorgenommen. Die Polizei berichtet von einzelnen Platzverweisen, einzelne Jugendliche wurden trunken den Eltern übergeben, es habe zwei Sachbeschädigungen im Umfeld gegeben. Am Samstag, 17.08.2013, waren ab ca. 21:15 Uhr im Maximum ca. 175 Personen vor Ort, insgesamt aber nur etwa 250. Insgesamt war die Lage etwas ruhiger als am Freitag, ein einzelner Jugendlicher habe mit einer akuten Alkoholintoxikation ins Krankenhaus gebracht werden müssen. Bei einem Liniibus habe es eine Sachbeschädigung gegeben. Insgesamt soll die Gesamtsituation etwas entspannter gewesen sein als im vergangenen Jahr.

Die Effektivität des Einsatzes der Ordnungsbehörde beschränkte sich aufgrund grundsätzlich unterschiedlicher Ausrüstung und Einsatzrichtung auf einen beobachtenden Part. Der Einsatz der

Polizei darf als Schlüssel zum Erfolg gesehen werden. Es sollte darauf hin gearbeitet werden, dass bei kommenden Veranstaltungen einerseits wieder ausreichend Polizeikräfte vor Ort sind, andererseits könnte auch die Altstadtfestgemeinschaft z.B. in Zusammenarbeit mit dem REWE-Markt über eine vernünftige Einbindung dieses zweckveranlassten, parallelen Events in das Altstadtfest nachdenken.

Der Bürgermeister berichtet Eckpunkte zum Bedarfs- und Entwicklungsplan der städtischen Kindertagesstätten. Sämtliche vorliegenden Anträge, insbesondere bezüglich U3-Anspruch, können bedient werden.

Der Stadtverordnete Rabold meldet sich hinsichtlich des Berichtes zur Dreispitzhalle: Es sei entgegen der Ankündigung nur ein Auszug des Gutachtens übersandt worden. Der Bürgermeister berichtet, dass das Gutachten bautechnisch bei Weitem zu umfangreich sei. Er sagt eine kurzfristige Übermittlung per Email zu. Ein „Schuldiger“ im engeren Sinne sei dem Gutachten nicht zu entnehmen, zumal die regelmäßige Gewährleistungszeit sowieso schon abgelaufen sei. Hinsichtlich weiterführender Gewährleistungsansprüche bringe das Gutachten keine verwertbaren Ergebnisse.

Der Stadtverordnete Rechholz fragt hinsichtlich der Jahresabschlüsse, insbesondere für das Jahr 2009. Der Bürgermeister berichtet, dass die entsprechenden Jahresabschlüsse derzeit zur Prüfung beim Main-Kinzig-Kreis liegen.

4	Fragen zu aktuellen Themen
---	----------------------------

Die CDU-Fraktion hat keine Fragen.

Die SPD-Fraktion hat keine Fragen.

Die Fraktion B90/GRÜNE hat keine Fragen.

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Rechholz:

1. Gemäß § 15a des Gesellschaftsvertrages der Stadtmarketing GmbH wären den Fraktionsvorsitzenden aus den Monaten März bis Juni 2013 zu übersenden gewesen die Protokolle von vier Aufsichtsratssitzungen und zwei Gesellschafterversammlungen sowie die Jahresabschlüsse 2009, 2010 und 2011 und der Lagebericht 2012. Wieso ist das nicht geschehen.

2. Im Mittelhessen-Boten werden seit einigen Monaten Großanzeigen im Namen des Stadtmarketings Bruchköbel geschaltet. Welche Kosten sind hierfür bei der Stadtmarketing GmbH bzw. an anderer Stelle entstanden.

Die BBB-Fraktion schließt wie folgt:

Die Kommunalaufsicht erteilte am 08.10.2012 die Einzelkreditgenehmigung zur Aufnahme eines Kredites von EURP 820.000 für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Oberissigheim. Wann wurde der Kredit aufgenommen und wofür wurde er verwendet, ist das Geld tatsächlich noch als Gutachten vorhanden? Wirkt sich die Aufnahme des Kredites auf den Jahresabschluss 2012 positiv und den Jahresabschluss 2013 negativ aus?

Zu 1. bekundet der Bürgermeister, dass die Protokolle unmittelbar nach bekanntwerden der Anfrage versendet worden seien. Der Lagebericht, also die Abschlüsse seien noch nicht testiert. Mit einem Testat und anschließender Versendung sei nächste oder übernächste Woche zu rechnen.

Zu 2. berichtet er, dass entsprechende Anzeigen bereits seit Mitte 2011 erscheinen. Als Plattform sei die Anzeige mit Inhalten durch das Stadtmarketing und Finanzierung der Insertion durch wechselnd zu findende Dritte für die GmbH nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden.

Zur letzten Frage bekundet er, dass er mehrfach entsprechend berichtet habe. Der Kredit – tatsächlich in Höhe von EURO 830.000– sei eingenommen worden und der Betrag stünde zur Verfügung.

Für die FDP-Fraktion fragt die Stadtverordnete Braun:  
Die ursprüngliche Anfrage zum Altstadtfest sei schon umfassend beantwortet.

Sie fragt zum Pilotprojekt Wohnraumförderung:  
Nimmt die Stadt Bruchköbel am Pilotprojekt des Landes Hessen zur Förderung von Wohnraum für Geringverdiener teil? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Möglichkeiten dieses Programms bei den Eigentümern von Wohnraum bekannt zu machen?

Der Bürgermeister bekundet, dass nicht teilgenommen werde, insbesondere weil die Stadt nur über wenig Wohneigentum verfügt. Allenfalls wäre es interessant für die Baugenossenschaft, mit der er gerne ein Gespräch führen werde.

5	197/2013	Antrag SPD-Fraktion: Verfassungswidrige Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich zurücknehmen
---	----------	---

Frau Empter trägt den Resolutionstext vor und spricht in diesem Sinne. Ebenso sprechen die Stadtverordneten P. Bürgstein und Rabold im Sinne des Antrags. Die Stadtverordnete Braun wendet sich gegen den Inhalt, insbesondere sei die entsprechende Fristsetzung des Staatsgerichtshofes angemessen.

Abstimmung: bei 22 Ja-Stimmen (SPD, BBB, GRÜNE) und 14 Nein-Stimmen (CDU, FDP) beschlossen

Resolution:

1. Vor dem Hintergrund des Urteils des Staatsgerichtshofes wird die hessische Landesregierung aufgefordert, die verfassungswidrigen Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich bereits für das Jahr 2013 zurückzunehmen und die Summe der Schlüsselzuweisungen wieder um 345 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen.
2. Weiterhin ist die so genannte Kompensationsumlage, die ebenfalls in der bisherigen Form verfassungswidrig ist, ab sofort auszusetzen.
3. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden hat die Landesregierung einen Vorschlag zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vorzulegen. Im Zuge der gerichtlich geforderten Bedarfsermittlung für die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist insbesondere der durch Bundes- und Landesgesetzgebung begründete stetig steigende Bedarf im Kinderbetreuungsbereich angemessen zu berücksichtigen und den Städten und Gemeinden auszugleichen.

6	198/2013	gemeinsamer Antrag SPD-Fraktion und BBB-Fraktion: S-Bahnanschluss für Bruchköbel
---	----------	---

Die Stadtverordnete Empter trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:  
„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für einen S-Bahnanschluss für die Stadt Bruchköbel aus. Der Magistrat wird beauftragt, bei den zu beteiligenden Ebenen darauf hinzuwirken, einen solchen in den nächsten Jahren zu realisieren.“

Der Stadtverordnete Linek spricht gegen den Antrag und bringt für die GRÜNE-Fraktion einen Änderungsantrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Verbesserung des Nahverkehrsangebotes auf der Schiene für die Stadt Bruchköbel aus. Der Magistrat wird beauftragt, bei den beteilig-

ten Gremien darauf hinzuwirken, Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung der Bahnlinie Hanau – Bruchköbel – Nidderau (– Friedberg) bis hin zu einem S-Bahn-Angebot zu prüfen und unter Berücksichtigung der Kostenbelastung für die Stadt Bruchköbel umzusetzen.“

Der Stadtverordnete Hormel spricht im Sinne des Antrags und meint insbesondere, dass Bahn einerseits und S-Bahn andererseits nicht vergleichbar seien. Die Entwicklungen am Fliegerhorst würden einen S-Bahnanschluss in den Bereich des Denkbaren bringen. Der Stadtverordnete Linek wendet sich gegen die Auffassung von Herrn Hormel, insbesondere unter dem Aspekt der Kostenstruktur bei S-Bahnangeboten im RMV-Bereich. Der Bürgermeister berichtet von einer entsprechenden Studie für den Fliegerhorst: nötig seien Fahrgastzahlen von mehr als 8.550 am Tag, was als tatsächliche Annahme nicht realistisch bzw. nicht seriös sei. Die Stadtverordnete Braun möchte im Ganzen eine bessere Anbindung an die Frankfurter Innenstadt erreichen. Die Stadtverordnete Empter meint, dass die Personenzahlen der Studie einen Bummelzug betreffen, aber nicht einen S-Bahnanschluss. Der Stadtverordnete Wenzel spricht i.S. des Änderungsantrags und beantragt eine Verweisung beider Sachen in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr. Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen den Verweisungsantrag, da ein wahrscheinlich lang andauerndes Verfahren zunächst rasch angestoßen werden müsse. Er regt an, den Änderungsantrag mit dem Ursprungsantrag als Ergänzungsantrag zu betrachten.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 18 Ja-Stimmen (CDU, GRÜNE) und 18 Nein-Stimmen (SPD, BBB, FDP) ist die Verweisung abgelehnt

Die Stadtverordnetenversammlung pausiert von 20:58 Uhr – 21:04 Uhr, der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit 36 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann formuliert der Stadtverordnete Linek im allseitigen Einvernehmen einen interfraktionellen Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Verbesserung des Nahverkehrsangebotes auf der Schiene für die Stadt Bruchköbel aus. Dies schließt die Option eines S-Bahn-Betriebs ein. Der Magistrat wird beauftragt, bei den beteiligten Gremien darauf hinzuwirken, Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung der Bahnlinie Hanau – Bruchköbel – Nidderau (– Friedberg) bis hin zu einem S-Bahn-Angebot zu prüfen und unter Berücksichtigung der Kostenbelastung für die Stadt Bruchköbel umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist auch die Option eines ÖPNV-Anschlusses des Fliegerhorsts zu prüfen.“

Abstimmung zum interfraktionellen Antrag: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Verbesserung des Nahverkehrsangebotes auf der Schiene für die Stadt Bruchköbel aus. Dies schließt die Option eines S-Bahn-Betriebs ein. Der Magistrat wird beauftragt, bei den beteiligten Gremien darauf hinzuwirken, Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung der Bahnlinie Hanau – Bruchköbel – Nidderau (– Friedberg) bis hin zu einem S-Bahn-Angebot zu prüfen und unter Berücksichtigung der Kostenbelastung für die Stadt Bruchköbel umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist auch die Option eines ÖPNV-Anschlusses des Fliegerhorsts zu prüfen.

7	194/2013	Anpassungen Stadtmarketing GmbH wegen EU-Beihilfenrecht und Betrauungsakt
---	----------	---

Der Bürgermeister spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Rabold wendet sich detailliert gegen die Darstellung des Bürgermeisters; Zunächst seien die aktuellen Zahlen aus der Email von heute zu prüfen. Außerdem ergeben sich besondere Verpflichtungen der Stadtmarketing GmbH aus der Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt durch den Main-Kinzig-Kreis. Im Übrigen sei insbesondere der Betrauungsakt als solcher noch nicht auf dem Tisch, zu dessen

Beschlussfassung sei aber die Stadtverordnetenversammlung im Sinne des § 51 Ziffer 11 HGO unmittelbar zuständig. Er beantragt die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: einstimmig in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen

8	182/2013	Haushaltssatzung 2013 – Beschlussfassung eines Beitrittsbeschlusses
---	----------	---

Abstimmung: bei 20 Ja-Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP) und 16 Nein-Stimmen (SPD, BBB) beschlossen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel tritt der Entscheidung der Kommunal- und Finanzaufsicht des Main-Kinzig-Kreises, § 5 der Haushaltssatzung der Stadt Bruchköbel zu ergänzen, bei.

§ 5 der Haushaltssatzung 2013 wird wie folgt ergänzt:

Nachrichtlicher Hinweis: Die Festlegung der Hebesätze der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer erfolgte bereits durch die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Satzung vom 18.06.2013 (Hebesatzsatzung). Die Wiedergabe der dort festgelegten Hebesätze in dieser Haushaltssatzung hat daher nur nachrichtlichen Charakter.

9	189/2013	Anordnung der Baulandumlegung für das geplante Baugebiet "Bindwiesen"
---	----------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschließt nach § 46 des Baugesetzbuches (BauGB) die Anordnung der Baulandumlegung für das Baugebiet „Bindwiesen“ zum Zwecke der Erschließung von neuen Wohnbauflächen.

Als Umlegungsstelle wird der Magistrat der Stadt Bruchköbel eingesetzt.

Die Zuteilung der Grundstücke erfolgt im Verhältnis der Werte der eingeworfenen Grundstücke.

Die Werte der eingeworfenen Grundstücke sowie der zuzuteilenden Grundstücke werden von der Umlegungsstelle festgesetzt (§ 57 BauGB).

Grobabgrenzung des Umlegungsgebietes:

Im Süden: durch die rückwärtigen Grenzen der bebauten Grundstücke „Ludwig-Erhard-Straße 2 bis 36

Im Westen: durch die westliche Grenze der Straße „Kirlweg“

Im Norden: durch die nördliche Begrenzung der bebauten Grundstücke „Hainstraße

Im Osten: durch die nordöstliche Grenze des Wegflurstückes Flur 5, Flurstück 202/2

10	190/2013	Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Kernstadt Bebauungsplan „Bindwiesen“
----	----------	--

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „Bindwiesen“.
2. Planziel des Bebauungsplanes „Bindwiesen“, ist die Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes i.S. § 4 BauNVO1990 zu Lasten einer öffentlichen Grünfläche Zweckbestimmung „Parkanlage“.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

11	164/2013	Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Oberissigheim
----	----------	---

Der Stadtverordnete Rabold trägt einen Änderungsantrag vor und spricht in diesem Sinne: „Für die freiwillige Feuerwehr Oberissigheim wird an dem Standort Schulweg 7 in Bruchköbel-Oberissigheim ein Feuerwehrgerätehaus gemäß den beigefügten Unterlagen (Anlagen 1 – 4) errichtet. Im angrenzenden alten Feuerwehrgerätehaus (altes Schulgebäude) werden der Schulungsraum, die sanitären Einrichtungen, die Küche und der Keller renoviert.“

Die Stadtverordnete Lauterbach kritisiert das Zeitmanagement der BBB-Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung pausiert von 21:18 Uhr – 21:25 Uhr, der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit 36 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnete Rabold wendet sich gegen die Stadtverordnete Lauterbach, zeitlich sei der Antrag einwandfrei auf die beabsichtigten Bauarbeiten abgestimmt. Der Stadtverordnete Lauterbach bekundet, es sei insgesamt sehr sicher, dass andere Arbeiten als die Neuerrichtung des Feuerwehrgerätehauses, also insbesondere eine Sanierung, nicht von der Darlehenszusage des Kreises umfasst seien. Die Stadtverordnete Emptner wendet sich gegen die Stadtverordnete Lauterbach im Sinne des Stadtverordneten Rabold. Der Stadtverordnete Rabold bekundet, dass den Ausführungen der Kommunalaufsicht keinerlei Zweckgebundenheit innewohne und kritisiert die diesbezüglichen Ausführungen der Stadtverordneten Lauterbach. Die Stadtverordnete Bürgstein bekundet, dass Schulungsräume für Feuerwehren in der Zentrale in der Hammersbacher Straße zur Verfügung stünden, wobei ihr die Stadtverordnete Braun dem Grunde nach beipflichtet.

Abstimmung zum Änderungsantrag: bei 16 Ja-Stimmen (SPD, BBB) und 20 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Abstimmung zum Antrag: einstimmig bei 7 Enthaltungen (GRÜNE und Herr Sliwka) beschlossen

Beschluss:

Für die freiwillige Feuerwehr Oberissigheim soll an dem Standort Schulweg 7 in Bruchköbel - Oberissigheim ein Feuerwehrgerätehaus gemäß den beigefügten Unterlagen (Anlage 1 - 4) errichtet werden.

12	193/2013	Vereinfachtes Umlenungsverfahren
----	----------	----------------------------------

Der Stadtverordnete Hormel trägt einen Änderungsantrag vor und spricht in diesem Sinne: „Der vorletzte Satz des Beschlussvorschlages wird wie folgt gefasst: Der Verkauf der Baugrundstücke erfolgt erschließungsbeitragsfrei zu einem Wert von 300,- €/m<sup>2</sup> gemäß der vom Gutachterausschuss des Main-Kinzig-Kreises veröffentlichten aktuellen Bodenrichtwerte von 270,- €/m<sup>2</sup> für die anteilig umzulegenden Kosten der Schaffung von Ersatzparkplätzen, deren Bau durch das Baugebiet „Am Hasenpfad“ notwendig wird.“



Abstimmung zum Ergänzungsantrag: einstimmig bei 6 Enthaltungen (GRÜNE) beschlossen

Abstimmung zum Antrag: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Gemäß § 82 BauGB in der derzeit geltenden Fassung wird der Beschluss über die Vereinfachte Umlegung für die im Verzeichnis und in der Karte zur Vereinfachten Umlegung dargestellten Grundstücke gefasst.

Von der Vereinfachten Umlegung sind folgende Grundstücke betroffen:

Gemarkung Niederissigheim, Flur 8, Flurstück 42/2

Gemarkung Niederissigheim, Flur 9, Flurstücke 11, 12, 7, 9/3, 9/7.

Den Beteiligten wird ein ihre Rechte betreffender Auszug aus dem Plan über die Vereinfachte Umlegung zugestellt.

Der Magistrat – als Umlegungsstelle - wird ortsüblich bekannt machen, zu welchem Zeitpunkt dieser Beschluss unanfechtbar geworden ist.

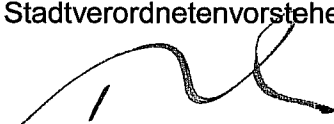
Der Verkauf der Baugrundstücke erfolgt erschließungsbeitragsfrei zu einem Wert von 300,- €/m<sup>2</sup> gemäß der vom Gutachterausschuss des Main-Kinzig-Kreises veröffentlichten aktuellen Bodenrichtwerte von 270,- €/m<sup>2</sup> für die anteilig umzulegenden Kosten der Schaffung von Ersatzparkplätzen, deren Bau durch das Baugebiet „Am Hasenpfad“ notwendig wird.“

Mit der technischen Durchführung der Vereinfachten Umlegung werden die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure Hofmann & Köstler, Karl-Eidmann-Straße 9, 63486 Bruchköbel, beauftragt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 21:40 Uhr.

---

(Thomas Demuth)  
Stadtverordnetenvorsteher



---

(Dr. Achim Wächtler)  
Schriftführer